

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Geprägtes: Durch unsern Boten
frei ins Haus monatlich 60.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Ausleger
und für Zusendungen die Postämter
entgegen. — Erscheint wochentlich,
Fernsprech-Anschluß Nr. 33.
Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Abgabepreis: Die Abgabepreise
bestimmen sich nach den Abgaben
und betragen 2.00 Mark, ansonsten
nach den 10.00 Mark, National-Polizei
2.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 212

Montag, den 11. September 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

In den deutsch-belgischen Verhandlungen ist noch keine Einigung erzielt worden; der Reichskanzler sprach gestern über die Unzulänglichkeit sechsmonatiger Schatzwechsel.

Gestern nachmittag 2 Uhr sind die belgischen Delegierten Demelmann und Delacroix mit ihrem finanziellen Berater Bankier Philippson von Berlin nach Brüssel zurückgereist.

Smirna ist von den Türken genommen worden; die Konferenz von Venedig ist für die zweite Septemberhälfte in Aussicht genommen.

Der Dollar notierte heute vormittag an der Berliner Börse mit 1600.

Politische Wochenschau.

Vom Oberbürgermeister Dr. Aalg, M. d. R.

Dem oberflächlichen Beobachter will es scheinen, als sei durch die uns von der Reparationskommission gewährte sechsmonatige Stundung der barren Leistungen nur wenig gewonnen. Tatsächlich bedeutet die Entscheidung der Reparationskommission einen viel größeren Fortschritt, als gemeinhin erkannt wird. Der praktische Gewinn liegt ja klar zutage. Die ergebnislosen Verhandlungen zwischen Lloyd George und Poincaré und die orientierte französische Trojapolitik hatten eine so starke westwirtschaftliche Spannung und Nervosität geschaffen, daß auch der letzte Wertrest der deutschen Währung einem jäh herüberstürzenden Untergang anheimzufallen schien. In diesem Vernichtungsprozess ist zunächst einmal ein Stillstand eingetreten. Aber das würde ein überaus blühender Erfolg sein, wenn nicht begründete Hoffnung auf weitere Entspannung bestünde, denn noch ist die Frage der Sicherheiten offen, die Belgien verlangen wird, und noch steht die endgültige Entscheidung auf das deutsche Stundungsgebot aus. Daß es zwischen Belgien und Deutschland zu einer zufriedenstellenden Vereinbarung kommen wird, darf mit Sicherheit erwartet werden.

Ein klarer Erfolg der vor allem von Rathenau eingeleiteten Verständigungspolitik ist in dem Abkommen zwischen Sittines und Dubersac über die Sachleistungen für Zwecke des französischen Wiederaufbaues zu erblicken. Es handelt sich bei diesem Abkommen um die Durchführung der Lieferungen, die in den Vereinbarungen von Wiesbaden zwischen Doucheur und Rathenau festgelegt worden sind. Ein Treppennuß der innerpolitischen Geschichte Deutschlands will es, daß das Abkommen, was ein Rathenau in staatspolitischer Klugheit ohne allen eigenen wirtschaftlichen Beigeschmack in Wiesbaden unter schärfster Mißbilligung der Deutschen Volkspartei und insbesondere von Sinnes abgeschlossen hat, nunmehr von einem wirtschaftlichen Führer der Deutschen Volkspartei unter eigener wirtschaftlicher Fruktifizierung durchgeführt wird. So ändern sich die Zeiten, die Ansichten und — die Deutsche Volkspartei! Ob die zurzeit zu verzeichnende Entspannung sich als Anfang zu einer wirklichen Gesundung herausstellt, wird sich auf der für den Spätherbst zu erwartenden neuen großen Konferenz zeigen. Bis dahin wird auch die neueste britisch-französische Spannung, die hinter dem türkisch-griechischen Waffengang steht, hofentlich einer Klärung entgegengeführt sein. Die überraschenden Erfolge der von den Franzosen offensichtlich unterstützten Türken werden England nichts anderes übriglassen, als den französischen Wünschen in Kleinasien zunächst einmal nachzugeben. Die endgültige Liquidation der Konkursmasse des nahen Ostens wird wohl einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben. Ob auch nur einige Vorarbeit dazu von der seit Anfang September in Genf tagenden dritten Versammlung des Völkerbundes geleistet werden wird, ist mehr als zweifelhaft. Sehr verständlicherweise haben die bisherigen Versammlungen des Völkerbundes in Deutschland nur geringes Interesse ausgelöst, und auch dieser dritten Versammlung ist letzten Endes keine andere Bedeutung beizumessen, als die einer konstituierenden Versammlung. Ob ein Chinese oder eine Chilea dabei Vorzüglicher ist, bleibt für uns ebenso nebensächlich wie die Frage, ob man 5 oder 6 Arbeitsausschüsse wählt, solange diese Arbeit nicht von dem Geiste eines wirklichen Völkerbundes getragen ist. Immerhin können sich Erörterungen im Verlauf der Versammlung ergeben, die für die deutsche Politik nicht ohne Bedeutung sind, zumal das Schicksal Deutsch-Ostpreußens sicherlich zur Sprache kommen wird. Einen etwaigen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund zu erörtern, sollte man, gleichviel wie man sich grundsätzlich zu dieser Frage stellt, auf deutscher Seite im gegenwärtigen Augenblick aus

naheliegenden Gründen außenpolitischer Taktik vermeiden.

Von den vielen unerfreulichen politischen Entscheidungen der jüngsten Zeit hebt sich das Ergebnis der oberösterreichischen Volksabstimmung über das Verbleiben Oberösterreichs bei Preußen vorteilhaft ab. Die Abstimmung zeigt eine bedeutende Zunahme der deutschen Stimmen und ein völliges Fiasco der polnischen Parole auf Stimmenthaltung. Sie zeigt aber auch noch eine Abkehr von radikalem Unitarismus. Für Oberösterreich ist das besonders zu begrüßen. Ein im Verbands des preussischen Staates verbleibendes und von diesem richtig behandeltes Oberösterreich wird der polnisch-französischen Durchdringung wirksameren Widerstand entgegenzusetzen vermögen, als ein neu erstehendes und deswegen innerlich noch nicht gefestigtes autonomes oberösterreichisches Staatsgebilde. Abgesehen von der oberösterreichischen Abstimmung wird das innerpolitische Bild auch der letzten Tage ganz beherrscht von der Not der Zeit: steigende Preise, steigende Löhne und Gehälter, steigende Schwierigkeiten in der Versorgung mit den Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfes und in der Beschaffung der notwendigen Betriebsmittel für Industrie und Wirtschaft. Noch erhält sich die Industrie arbeitsfähig, aber einzelne verhängnisvolle Besetzungserscheinungen rufen eine düstere Sprache. Die Großmacht der Presse kämpft einen Verzweiflungskampf, ohne bisher in Reichsregierung und Reichstag einen hilfreichen Bundesgenossen gefunden zu haben. Welch unerfegliche geistige, kulturelle und politische Werte werden mit dem fast täglichen Absterben deutscher Zeitungen sang- und klanglos zu Grabe getragen! Und wie mit der Presse, so steht's mit anderen Trägern deutscher Kultur- und Geistesbildung. Der deutsche Unweltschmerz mußte abgesetzt werden, eine kurze nächtliche Wiedlung, aber bizarrig beleuchtet auch sie die Situation, die aus der materiellen Not eine Kulturgefährdung entstehen läßt. Überall die ernste Lehre und Mahnung: es ist höchste Zeit, aus dem alles vernichtenden Druke von außen den Weg ins Freie zu gewinnen!

Noch keine Einigung mit Belgien.

Das Mandat der Belgier beendet.

Die Besprechungen mit den Vertretern der belgischen Delegierten in der Frage der Schatzwechsel wurden am Sonnabend zu Ende geführt. Ein abschließendes Ergebnis wurde noch nicht erreicht. Während in wesentlichen Punkten eine Einigung erzielt werden konnte, hat die Frage der Verlängerung der Laufzeit der Schatzwechsel über 6 Monate hinaus Schwierigkeiten ergeben, da diese Verlängerung nach Auffassung der belgischen Regierung über den Rahmen der Entscheidung der Reparationskommission hinausgeht. Die belgischen Vertreter wollten am Sonntag nach Brüssel zurückreisen, um ihrer Regierung Bericht zu erstatten. Sie betrachten ihr oben umschriebenes Mandat augenblicklich als beendet, was jedoch einer Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht entgegensteht.

Wie können auch in sechs Monaten

noch nicht zahlen.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hielt gestern nachmittag anlässlich eines Empfanges des oberösterreichischen Hilfskomitees beim Reichspräsidenten eine politische Ansprache, in der er auf die außenpolitische Lage Deutschlands, insbesondere auf das Reparationsproblem, einging. Die tiefe Bedeutung der Reparationsfrage liegt darin, den Gedanken des Wiederaufbaues Europas und der Welt aus den Händen der Rachepolitiker hinüberzuführen auf ein Gebiet, wo eine nächtliche, wirtschaftlich-rechnerische Erwägung die Vorrangigkeit habe. Trotz der gemachten Fortschritte werde dieser Gedanke mitunter wieder verbunkelt. So habe die belgische Regierung eine Einigung in der Frage der Verlängerung der Schatzwechsel vorläufig unmöglich gemacht, weil sie sich an den Buchstaben der Entscheidung der Reparationskommission klammert und erklärt, über die Laufzeit von sechs Monaten nicht hinausgehen zu können. Was helfen Deutschland aber Schatzwechsel auf sechs Monate, die im Februar nächsten Jahres, wahrscheinlich in der schwierigsten Zeit, die Deutschland zu durchlaufen haben wird, fällig werden? Noch einmal seien also politische Erwägungen vor die wirtschaftlichen getreten. Deutschland und die deutsche Wirtschaft könnten jedoch nur tragen, was wirtschaftlich möglich ist. Bis diese Erkenntnis sich in Europa durchgerungen haben werde, müsse Deutschland alle staatliche Energie aufbringen, um in einem Zusammenstoßen aller Kräfte von Nord und Süd als eine einzige Sta-

tion die schwere Aufgabe zu meistern. Im Vordergrund soll die Sorge um das große Problem der Erhaltung der deutschen Nation stehen. Die Rede des Reichskanzlers wurde von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der türkische Sieg.

Die Friedenskonferenz in Venedig?

Der italienische Geschäftsträger hat eine Note seiner Regierung überreicht, in welcher diese die französische Regierung ersucht, sich mit ihr und der griechischen Regierung zu verständigen und Vertreter zu einer Konferenz in Venedig zu entsenden, die die Grundlage für einen eventuellen Frieden zwischen Griechenland und der Türkei bilden soll und zu der auch Vertreter Griechenlands und der Türkei eingeladen werden sollen. Der italienische Vorschlag empfiehlt den Kriegführenden die Einstellung der Feindseligkeiten, um die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern. Ein Schritt zur Erlangung von Waffenstillstandsbedingungen wurde von den Alliierten auch bei der Regierung von Angora unternommen. Wenn die Antwort Angoras annehmbar ist, kann die Konferenz in der Mitte der zweiten Septemberhälfte beginnen.

Smirna in Türkenhand.

Das französische Marineministerium empfing eine Depesche aus Smirna, wonach Smirna durch die zweite türkische Kavalleriedivision besetzt worden ist. Alles verlief ruhig und ohne die geringste Intorrettheit der Türken.

Engländer statt Griechen.

Paris meldet, es seien Telegramme eingegangen, wonach die griechischen Behörden im Bezirk von Bigha an der asiatischen Küste des Marmarameeres und der Dardanellen die Gegend verlassen hätten und durch englische Kontingente ersetzt seien. Die Nachricht sei bisher noch ohne amtliche Bestätigung, aber das Wort glaubt zu der Erklärung ermächtigt zu sein, daß, wenn sie richtig sein sollte, sie eine sofortige Entsendung französischer Kontingente in diese Gegend zur Folge haben würde.

Schwere Friedensbedingungen der Türkei.

Der Pariser Vertreter der Regierung von Angora Ahmed Ferid Bei, hat dem Intransigant gegenüber erklärt, die Forderungen seiner Regierung für den Frieden seien dieselben wie vor drei Jahren: Konstantinopel, Adrianopel und Thrazien sowie Entschädigung für den durch die Griechen angerichteten Schaden. Die Remissionen würden unter allen Umständen die Dardanellen in Besitz nehmen, welche Truppen auch immer sich dort befinden mögen.

Abdankungsabsichten König Konstantins?

In politischen Kreisen Athens hat man den Eindruck, daß König Konstantin die Absicht habe, abzutreten. Man rechnet in diesem Falle damit, daß Prinz Georg von Griechenland provisorisch die Regierung antreten werde. Die Bevölkerung ist den Ereignissen auf dem Kriegsschauplatz gegenüber außerordentlich teilnahmslos, dagegen ist die Stimmung der aus Smirna kommenden Verwundeten verzweifelt. Die Hospizler haben von der Regierung den Auftrag erhalten, jede Verwundete zwischen den von der Front kommenden Truppen und der Bevölkerung zu unterstützen.

Die griechische Kabinettskrisis.

Kalogeropoulos hat die Kabinettsbildung angenommen.

Der Rathenau-Mord vor Gericht.

Aus der Anlagenschrift.

Den 13 Angeklagten im Rathenau-Mord-Prozess ist nunmehr die Anlagenschrift zugestellt worden. Einer Berliner Dolmetscher zufolge läßt die Anlagenschrift aus, daß die Vorbereitungen zur Tat nach dem Ergebnis der Voruntersuchung etwa in die Zeit bis zum 10. Juni fallen. Um diese Zeit kamen Fischer und Kern, die bis dahin in Pössa in Sachsen gewesen waren, nach Berlin und stiegen in einem Pensionat in der Bernburger Straße ab, um nach einigen Tagen in die Pension Scheer, Am Zirkus 10, zu übersiedeln. Mit ihnen zusammen wohnte dort auch der Angeklagte v. Salomon, der sich bergnügungshalber in Berlin und Potsdam aufhielt. Kern erzählte Salomon, daß er einer nationalen Sache wegen in Berlin sei. Auf gewissen Unbestimmtheiten glaubte Salomon entnehmen zu

alß,
daß
o/o
o/o
o/o
o/o
Aue.
enthal.
lang
Uhr
Enders.
erkorn
georgplatz.
haeton
Berlin,
stetlich
ante, so-
widau, Sa.
2158.
Gel. Berlin.
feln
Werken und
egen
de i. Sa.
er
bhardt.
und
seiltischeret
mann, Aus.
hler.
ne, Sa.
her
acht
I. S.